

Klaus Dörre, Kerstin Jürgens, Ingo Matuschek (Hg.)

Arbeit in Europa

Marktfundamentalismus als Zerreißprobe

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Wirtschaftsdemokratie – ein Ausweg aus dem postdemokratischen Europa?

Hans-Jürgen Urban

Im demokratischen Kapitalismus stehen Ökonomie und Politik in einem fragilen und stets spannungsreichen Verhältnis zueinander. Beide folgen eigenen Logiken, die eine »prekäre Symbiose« (Scharpf) miteinander eingehen.¹ Die *Logik der kapitalistischen Akkumulation* und der Marktkonkurrenz unterwirft die Unternehmen, die an der maximalen Verwertung des eingesetzten Kapitals orientiert sind, einem Druck, alle menschlichem und natürlichem Produktionsfaktoren auszubeuten und die sozialen und umweltbezogenen Kosten dieser Ausbeutung zu externalisieren. Und durch die *Logik des demokratischen Staates* unterliegen Regierungen einem durch den Wahlmechanismus vermittelten Zwang, zum Zwecke der Legitimationssicherung die Folgeschäden der kapitalistischen Ökonomie in Grenzen zu halten oder zu korrigieren. Dem dient insbesondere eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik. Da die demokratische Politik immer wieder mit den Mechanismen der profitorientierten Akkumulation in Konflikt gerät, wohnt kapitalistischen Demokratien eine latente Krisendynamik inne.

Den Handlungslogiken entsprechen unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen. Sie korrespondieren als normative Ideen mit den Funktionserfordernissen des jeweiligen Feldes. Die *Marktgerechtigkeit* artikuliert die normativen Standards der »Eigner und Verwalter von Kapital« und drängt auf die »Verteilung des Produktionsergebnisses nach der Bewertung der individuellen Leistungen der Beteiligten durch den Markt, ausgedrückt durch ihre re-

¹ Ich folge hier dem Konzept des »demokratischen Kapitalismus«, wie es jüngst erneut von Fritz W. Scharpf (1999: 16ff.) und Wolfgang Streeck (2013: 90ff.) expliziert wurde. Es knüpft an die *neomarxistische Krisentheorie* der 1970er Jahre und an die These des Legitimationsverfalls der Demokratie infolge der Überforderung des Staates mit der Regulierung der kapitalistischen Ökonomie an (vgl. dazu Schäfer 2009). Dabei soll auf die Diskussion der kritischen Aspekte der krisen-, staats- und akteurstheoretischen Prämissen dieses Ansatzes verzichtet werden, um einen seiner unbestreitbaren Vorzüge zu nutzen: die Analyse des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer Ökonomie und den Krisen demokratischer Legitimation und Politik.

lativen Preise«; die *soziale Gerechtigkeit* bemisst sich an kulturellen Normen und folgt »kollektiven Vorstellungen von Fairness, Billigkeit und Reziprozität« und »kennt Bürger- und Menschenrechte, etwa auf Gesundheit, soziale Sicherheit, Teilhabe am Leben der Gesellschaft, Beschäftigungsschutz, gewerkschaftliche Organisation usw.« (Streeck 2013: 91f.; vgl. auch den Beitrag von Dubet in diesem Band) Während Marktgerechtigkeit grundsätzlich durch Preisbildung infolge von Angebots- und Nachfrageverhältnissen am Markt entschieden wird, beruht soziale Gerechtigkeit unmittelbar auf Verhandlungsmacht und ist in den Wohlfahrtsstaaten in umverteilenden Institutionen fixiert.

So wie die Handlungslogiken konfliktieren auch die Gerechtigkeitsprinzipien. Aus der Perspektive der Marktgerechtigkeit besteht das Risiko darin, »dass Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit sich über den Weg demokratischer Mehrheitsbildungen der Staatsgewalt bemächtigen und dann mit deren Hilfe das Marktgeschehen laufend verzerren könnten«; die Folge seien strukturelle Ineffizienzen in den Marktprozessen durch falsche Anreize, *moral hazards* und Beeinträchtigungen des Leistungsprinzips. Aus Sicht der sozialen Gerechtigkeit sind jedoch politische Interventionen »nach Maßgabe lebensweltlich-politischer Gerechtigkeitsvorstellungen« in die Märkte und Korrekturen ihrer Verteilungsergebnisse unverzichtbar, da sich »in einem System, das auf ungleichen Verträgen zwischen Lohn- und Gewinnabhängigen beruht«, die Vorteile des Marktgeschehens systematisch aufseiten der Kapitaleigner kumulieren (ebd.: 93f.).

Insgesamt beschreibt die Marktgerechtigkeit die Basis-, die soziale Gerechtigkeit die Korrektornorm. Und die erste dominierte die zweite. Denn »eine grundlegende Asymmetrie der kapitalistischen politischen Ökonomie [besteht] darin, dass die Entlohnungsansprüche des ›Kapitals‹ als empirische Funktionsbedingungen des Gesamtsystems gelten, die entsprechenden Ansprüche der ›Arbeit‹ jedoch als Störfaktoren« (ebd.: 95). Das treibt demokratische Politik mit marktkorrigierenden Absichten in eine schwierige Lage: Wirkungsmächtige Korrekturen fordern den Widerstand des Kapitals heraus und treffen auf den Vorwurf, die Funktionseffizienz der kapitalistischen Märkte zu beeinträchtigen und ökonomische Krisen zu befördern; und zu wenig Marktkorrekturen und soziale Gerechtigkeit können die Legitimation der Politik bei den Bürgern zerstören und politische Krisen hervorrufen. Unter diesen Bedingungen bleibt das Verhältnis zwischen Akkumulation und Politik sowie zwischen Markt- und sozialer Gerechtigkeit stets fragil, zumal der »demokratische Klassenkampf« (Korpi 1983), in dem Dinge dieser

Art ausgefochten werden, durch die Machtressourcen der Kämpfenden und nicht die Stabilitätsanforderungen eines latent instabilen Gesellschaftsmodells entschieden wird.

Im Folgenden wird argumentiert, dass diese fragile Grundstruktur kapitalistischer Demokratien nicht nur den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) zu schaffen macht, sondern dass sie auch die gegenwärtige Krise und die dominierende Krisenpolitik strukturiert. Dabei wird diskutiert, ob das Konzept einer *Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts*, das in die Macht- und Interessenverhältnisse der finanzmarktkapitalistischen Basis interveniert, die Chance auf mehr demokratische Legitimation und soziale Gerechtigkeit eröffnet; und ob sich die Gewerkschaften an einem solchen Projekt beteiligen sollten.

1.

Der Nachkriegskapitalismus europäischer Prägung schien eine stabile Balance der widerstreitenden Logiken und Normen gefunden zu haben. Das austarierte Verhältnis zwischen der florierenden Akkumulation und der sozialen Verteilungspolitik stellte den Kern jener »Prosperitätskonstellation« dar (Lutz 1989), die den Wohlfahrtsstaatskapitalismus zu einem historischen Erfolgsmodell werden ließ. Jedoch geriet weitgehend in Vergessenheit, dass die strukturelle Asymmetrie zwischen Markt- und sozialer Gerechtigkeit und die Risiken akuter Wirtschafts- oder Legitimationskrisen aus den Mechanismen der Gesellschaften keineswegs verschwunden waren. Mehr noch: Sie prägten auch den ökonomischen und politischen Integrationsprozess in Europa. Dabei waren die hegemonialen Projekte, die die europäische Integration in Schüben und über Transformationskrisen vermittelt vorantrieben, in der Regel Initiativen zur Förderung von Akkumulation und Marktintegration (Urban 2013: 121ff.). Zugleich intervenierten sie in die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der Nationalstaaten und wirkten zulasten der Logik demokratischer Politik und sozialer Gerechtigkeit. Dadurch trugen sie mitunter zu neuen Akkumulationsschüben, aber auch zur Störung des Gleichgewichts zwischen Markt- und sozialer Gerechtigkeit und damit zur Destruktion der alten Prosperitätskonstellation bei. Im Laufe ihrer Entwicklung wurde die Europäische Union zur »Liberalisierungsmaschine des europäischen Kapitalismus, mit deren Hilfe Regierungen marktkonforme Reformen der ver-

schiedensten Art gegen den Widerstand ihrer Bürger durchsetzen konnten, wenn sie nicht gar von den europäischen Behörden zu ihnen gezwungen wurden« (Streeck 2013: 151).

Diese Liberalisierungsmaschine ebnete einem europäischen Finanzmarktkapitalismus den Weg, in dem Politiken, die mit den Interessen und Spielregeln der Finanzökonomie kollidieren, strukturell blockiert sind. Die gegenwärtige Finanz- und Fiskalkrise der EU, die leicht zu einer Systemkrise eskalieren kann, kann aus dieser Perspektive als Resultat und vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung gewertet werden, in der durch den Abbau demokratischer Marktkorrekturen die immanente Krisenanfälligkeit des europäischen Kapitalismus gesteigert wurde. Dabei scheinen sich die Akteure in den nationalstaatlichen wie in den europäischen Arenen an der Krisenbewältigung die Zähne auszubeißen. Unter den gegebenen Bedingungen spricht nicht viel dafür, dass demokratisch legitimierte Krisenlösungen und die Verteilungslogik der sozialen Gerechtigkeit obsiegen und sie und nicht die Spielregeln der Finanzmärkte und die Interessen ihrer Schlüsselakteure den weiteren Gang der Dinge bestimmen werden.

2.

Muss das so bleiben oder ließe sich der Spieß umdrehen? Die Frage lautete dann: Wer kolonialisiert wen? Die finanzmarktgetriebene Ökonomie die demokratische Politik oder umgekehrt? Kann sich die Norm der sozialen Gerechtigkeit mit ihren Legitimationspotenzialen für Europa behaupten oder obsiegt die (Finanz-)Marktgerechtigkeit mit ihren ständigen Attacken gegen soziale Bürgerrechte und Mindeststandards? Gegenwärtig steht es jedenfalls nicht gut um Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa. Bereits lange vor der gegenwärtigen Krise wiesen Demokratie- und Legitimationsdefizite die EU als Paradebeispiel für das aus, was im Anschluss an Colin Crouch als »Postdemokratie« bezeichnet wird. Crouch diagnostiziert eine Mixtur aus Passivität der Bevölkerung, ausgeklügelten Manipulations- und Marketingstrategien der politischen Eliten und einer ausufernden politischen Lobbymacht der transnational agierenden Unternehmen als Gefahren für die Demokratie, die sich insbesondere in den Regierungsperioden der »neuen Sozialdemokratie« herausgebildet habe. Der Begriff Postdemokratie »bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten

werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommen, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle; sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.« (Crouch 2008: 10)

Crouch formulierte seine Beschreibung des Notstandes der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor der Krise der Jahre 2008 und folgende. Doch im Rahmen der neoliberalen Krisenpolitik scheinen sich die postdemokratischen Indikatoren in der EU noch einmal zuzuspitzen und wirkt diese Politik besorgniserregend auf die Entwicklung seiner Mitgliedsstaaten zurück. Was auf der Phänomenebene als »faktische Abkoppelung wirtschaftspolitischer Entscheidungen vom prozeduralen Legitimationsprozess« (Enderlein 2013: 716) beschrieben wurde, verweist auf ein institutionelles Regime, in dem die Demokratie- und Legitimationsdefizite der EU auf die Spitze getrieben werden. In einem intransparenten und von nationalstaatlichen Interessen überformten Aushandlungsprozess wird Schritt für Schritt ein neues wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk gezimmert. Es setzt an bereits getroffenen Vereinbarungen zu einer *european governance* und einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung an, die im Nachgang zur revidierten Lissabon-Strategie unter dem Begriff »Europa 2020« zusammengefasst wurden.

Die Architektur des neuen Regimes ruht auf zwei institutionellen Säulen: Die erste Säule besteht aus einem Regelwerk zur verschärften wirtschaftspolitischen Steuerung und haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet. Dieses sieht insbesondere Maßnahmen der Wettbewerbsstärkung wirtschaftlich schwacher und der Sanktionierung haushaltspolitisch defizitärer Mitgliedsstaaten vor. Die zweite Säule bildet ein permanenter Krisenbewältigungsmechanismus, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM). Er soll aktiviert werden, sobald die Überschuldung eines Mitgliedsstaates die Finanzstabilität des Euroraums insgesamt gefährdet, und bindet die Gewährung von Finanzhilfen in Form von Krediten an strikte Auflagen.

Dieses neue institutionelle Regime wirkt direkt in Politik- und Regelungsfelder hinein, die bisher den Mitgliedsstaaten und den Sozialvertrags-

parteien vorbehalten waren. Das vollzieht sich zum einen über die Einschränkung fiskalischer Handlungsspielräume der nationalen Politiken. Hier entfaltet sich der Hang zu technokratischen Vorgaben, der schon dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) inne wohnte (Vermeidung übermäßiger Defizite von mehr als drei Prozent bzw. einer öffentlichen Verschuldungsquote von über 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts). Im neuen Regime gewinnt dieser latente Autoritarismus eine neue Qualität. In seiner Gänze kann das neue institutionelle Arrangement als ein *Regime autoritärer Stabilität* gefasst werden, das eine ökonomisch kontraproduktive, sozial polarisierende und politisch legitimationsgefährdende Politik befördert. Was als Programm der Stabilisierung der EU und ihres Geldes intendiert ist, dürfte sich als Programm der Zuspitzung ökonomischer, aber auch demokratie- und legitimationspolitischer Probleme erweisen (vgl. dazu etwa Scharpf 2013).

Das neue autoritäre Regime der prekären Stabilisierung ist zugleich mit vielfältigen Interessenverletzungen gegenüber den Lohnabhängigen sowie einer drastischen Verschlechterung gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen verbunden. Die Vorgaben für die Entwicklung von Löhnen, Produktivität und Sozialsystemen greifen tief in die Mechanismen der nationalen Kapital-Arbeit-Staat-Beziehungen ein und unterwerfen die nationalen Wirtschaftspolitiken sowie die gesamte Arbeits- und Sozialverfassung der Mitgliedsstaaten der überbordenden Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik. Zum Abbau von Haushaltsdefiziten und Staatsschulden werden die Staaten drastisch in die Systeme des Sozialschutzes einschneiden und Leistungen kürzen. Reduzierte Risikokompensation insbesondere bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit erhöht jedoch den Druck auf die Lohnabhängigen und intensiviert den »Reservearmee-Mechanismus« auf dem Arbeitsmarkt. Das schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Zugleich werden die fiskalischen Restriktionen zu einem Ausfall der Staaten als aktive Wirtschaftstaaten, im Sinne von Konjunktur-, Beschäftigungs- und Industriepolitik und damit für eine Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung, führen. Von der Unfähigkeit, staatliche Aufgaben im Projekt des öko-sozialen Strukturwandels wahrzunehmen, ganz zu schweigen. Mögliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse werden verschenkt. Auch die Lohnverhandlungen bleiben nicht unberührt. Ein neuer »lohnpolitischer Interventionismus« wird sichtbar, der tarifliche Rechte und materielle Standards massiv unter Druck setzt (Müller/Schulten 2013). Das verbale Bekenntnis zur Sozialpart-

ner-Autonomie erweist sich angesichts der Wucht der Disziplinierungs- und Downsizing-Logik als Makulatur.

3.

In einer solchen Konstellation springen institutionelle Reformen, die ausschließlich auf mehr Effizienz und Demokratie im politischen Institutionensystem drängen, zu kurz. Zweifelsohne sind solche notwendig, um wesentliche Hürden für soziale Gerechtigkeit und demokratische Legitimation in Europa zu beseitigen (Urban 2013: 168ff.). So wären Entscheidungsblockaden bei sozialen Marktregulierungen durch das Einstimmigkeitsprinzip im Gemeinschaftsverfahren aufzuheben; und Institutionen mit überschießenden Kompetenzen und unzulänglicher Legitimation wie die Europäische Zentralbank, die sich gegenwärtig als Treiber des autoritären Austeritätsregimes profiliert, sollten unter demokratische Kontrolle gezwungen werden. Doch die Kolonialisierung der politischen Institutionen durch die Imperative der Finanzökonomie kann so nicht gestoppt werden. Sie bedarf demokratischer Interventionen in die ökonomische Basis des europäischen Finanzmarktkapitalismus.

»Nur in diesem materialen Zusammenhang wäre heute überhaupt sinnvoll von Demokratie zu sprechen, weil man nur so der Gefahr entginge, mit der ›Demokratisierung‹ von Institutionen abgespeist zu werden, die nichts zu entscheiden haben. Demokratisierung heute müsste heißen, Institutionen aufzubauen, mit denen Märkte wieder unter soziale Kontrolle gebracht werden können [...].« (Streeck 2013: 236f.)

Ein solches Programm zur Rückgewinnung der demokratischen Kontrolle über die Märkte käme nicht ohne eine gehörige Portion an »Politics against Markets« (Esping-Andersen 1985) aus. Das liefe auf eine Attacke gegen die immer noch virulente Marktgläubigkeit in den ökonomischen, politischen und medialen Eliten hinaus. Doch das wäre nicht einmal genug. Eine offensive wirtschaftsdemokratische Strategie hätte eine defensive und eine expansive Dimension. In ihrer defensiven Dimension wäre sie ein Unterfangen der schlichten Verteidigung der Demokratie und der Handlungsspielräume demokratischer Politik. Denn diese sind angesichts der immer offener zutage tretenden Übermacht und Erpressungsstrategien der Finanzmarktakteure bereits erheblich beschädigt, wie ihr letztlich erfolgreicher Widerstand gegen

durchgreifende Reformen infolge der Krise zeigt. Unter den Bedingungen eines solchen demokratiepolitischen Notstands wird die Demokratisierung insbesondere der finanzwirtschaftlichen Machtbastionen – und das heißt: die politische Entmachtung der Finanzmärkte und die Rückgewinnung des Primats demokratischer Politik über diese – gleichsam zum demokratischen Verfassungsauftrag.

In ihrer expansiven Dimension weist die Wirtschaftsdemokratie über den Schutz der Verfassung hinaus. In dieser steht nicht die Verteidigung der Handlungsfähigkeit demokratischer Politik, sondern die Expansion von Demokratie in neue Sphären der Gesellschaft und die Ausweitung von Entscheidungskompetenzen zivilgesellschaftlicher Akteure durch die Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse und sozialer Verhältnisse im Zentrum. Damit wird Demokratie von einem System politischer Regeln zum Prinzip der allgemeinen Gesellschaftsgestaltung und damit auch der Ökonomie. Kurzum: Es geht um Wirtschaftsdemokratie auf der Höhe der Zeit!

Doch wie könnte eine solche *Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts* aussehen?² Hinsichtlich der Funktionserfordernisse und -probleme politisch weitreichend regulierter Ökonomien haben Wissenschaft und politische Praxis nicht viel mehr als Leerstellen vorzuweisen. Nicht nur radikale Alternativen zum Kapitalismus in Form eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« sind nach drei Jahrzehnten neoliberaler Hegemonie eine »terra incognita« (Altvater 2010: 229). Gleiches gilt für wirtschaftsdemokratische Übergangswege und -konzepte. Anregungspotenziale finden sich bei den Theoretikern der »alten« Wirtschaftsdemokratie wie etwa Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz. Angeknüpft werden kann *erstens* zweifelsohne an der Einsicht der Wirtschaftsdemokraten, dass die politische Demokratie, der bürgerliche Parlamentarismus zumal, lediglich eine »halbierte«, unvollendete Demokratieform darstellt, weil sie das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung nur für die Sphäre des Politischen zur Geltung kommen lässt. Richtig erkannt wurden *zweitens* die Wichtigkeit, aber auch die Grenzen betrieblicher und unternehmenspolitischer Mitbestimmung und die Notwendigkeit ihrer Einbettung in überbetriebliche, in regional- und strukturpolitische, in gesamtwirtschaftliche sowie in sozial- und arbeitsmarktpolitische Strategien und Strukturen. Und *drittens* waren sich Naphtali und andere der machtpolitischen Dimension der Demokratisierung kapitalistischer Wirt-

² Zur Diskussion alter und neuer Essentials sowie neuralgischer Punkte im Konzept einer Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts vgl. Urban 2013: 249ff. und die dort aufgearbeitete Literatur.

schaftsverhältnisse bewusst. Die Entmachtung der wirtschaftlichen Eliten der monopolisierten Großkonzerne sowie der politischen Eliten des bürgerlich-kapitalistischen Staates wurde als machtpolitischer Kampf und als Etappe auf den Weg zum sozialistischen Endziel aufgefasst.

Doch trotz der offenkundigen Aktualität dieser Essentials des alten Wirtschaftsdemokratiekonzeptes: Blaupausen für die *neue Wirtschaftsdemokratie* halten diese Konzepte nicht bereit. Vieles an ihnen muss mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarktkapitalismus hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden. Das gilt *erstens* für die Gewissheit, mit der das Endziel Sozialismus als Fixpunkt wirtschaftsdemokratischer Reformen galt sowie für die Gewissheit, mit der die Eroberung der Kommandohöhen der wirtschaftlichen Monopole als sicherer Schritt dorthin aufgefasst wurde. Weder kann das Sozialismus-Ziel als Konsens aller derer unterstellt werden, die als Protagonisten wirtschaftsdemokratischer Reformen gewonnen werden müssen; noch existiert in der Linken der Gegenwart eine hinreichende Idee von dem, was – nach dem Scheitern der Systeme des bürokratischen Staatssozialismus – heute unter einer sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft verstanden werden sollte, von den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im globalen Finanzmarktkapitalismus ganz zu schweigen. Als eine Art politökonomischer Minimalkonsens mit mittlerer Reichweite sollte die Perspektive einer öko-sozialen Reformalternative konsensfähig gemacht werden; einer, vom gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus grundsätzlich unterschiedenen Entwicklungsvariante des Kapitalismus, in der über die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und die Entmachtung der finanzkapitalistischen Eliten das Primat der Politik über die Wirtschaft zurückerobert wird.

Unverzichtbar in einem neuen Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist *zweitens* die Erweiterung der traditionellen wirtschaftsdemokratischen Kapitalismuskritik um die Kritik des »fossilistischen Kapitalismus« (Altvater 2009: 84). Das erfordert die Integration stofflich-energetischer Aspekte und ökologischer Konversionsstrategien in ein wirtschaftsdemokratisches Konzept. Gerade weil Probleme bei der Rohstoff- und Energieversorgung, die drohende Klimakatastrophe, der Verlust an Biodiversität und die Überforderung der natürlichen Senken durch Schadstoffe letztlich als »ein krisenhafter Eklat von immanenten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise« (Altvater 2010: 9) begriffen werden müssen, erweist sich die ökologiepolitische Intervention in die der Politischen Ökonomie des Finanzmarktkapitalismus als unverzichtbar.

Bleibe schließlich *drittens* die Staatsfrage, oder besser: das Etatismusproblem der klassischen Wirtschaftsdemokratie. Trotz durchaus relevanter Unterschiede sind die traditionellen Konzepte stark vom Staat, genauer: vom Nationalstaat her gedacht. Diese Fixierung auf den Nationalstaat erweist sich in zweifacher Hinsicht als korrekturbedürftig. Zum einen muss spätestens seit der linken Kritik am sozialstaatlichen Etatismus davon ausgegangen werden, dass auch der Sozialstaat durch seine Interventionsmedien Recht und Geld nicht immer soziale Sicherheit, Solidarität und individuelle Freiheit, sondern mitunter auch Bürokratie, Repression und Ökonomisierung sozialer Verhältnisse forciert. Damit gewinnen die nichtstaatlichen Voraussetzungen einer emanzipierten Lebensweise an Bedeutung. Das gilt insbesondere für Fragen der Geschlechterdemokratie und Modelle einer gleichberechtigten Lebensweise von Männern und Frauen. Zugleich können selbstredend die Transnationalisierung von Wirtschafts- und Politikbeziehungen und ihre einschränkenden Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten nicht ohne Folgen für ein neues Modell von Wirtschaftsdemokratie bleiben. Die Staaten bleiben zweifelsohne als Handlungsfeld und Akteure Schlüsselgrößen im wirtschaftsdemokratischen Spiel. Aber gerade das Scheitern der Europäischen Union bei dem Versuch, die krisenverursachten Turbulenzen im gemeinsamen Währungsraum in den Griff zu bekommen, lässt deutlich werden, dass wirtschaftliche Strukturreformen als nationalstaatliche Projekte nicht mehr gelingen können. Wirtschaftsdemokratie muss heute als ein Mehrebenenkonzept entworfen werden, als ein Konzept, in dem Reformen und Regulierungen auf der europäischen, der nationalstaatlichen, der regionalen sowie der betrieblichen Ebene ineinandergreifen.

Die Debatte über notwendige konzeptionelle Innovationen einer zeitgemäßen Wirtschaftsdemokratie lässt die Dimension der Aufgabe deutlich werden. Evident ist, dass wirtschaftsdemokratische Fortschritte – gleichgültig, ob sie an die Grenzen einer kapitalistischen Ökonomie oder darüber hinaus reichen – nur im Rahmen eines kollektiv-diskursiven Prozesses realisiert werden können. Der *eine* große Wurf wird Illusion bleiben. Mit anderen Worten: Die Überführung der gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Marktökonomie in eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie bedarf einzelner reformpolitischer Projekte, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten im politischen Mehrebenensystem zu entwickeln und anzugehen sind.

Die detaillierte Beschreibung des Bauplans, einschließlich seiner einzelnen Bauelemente und Bauphasen, ist eine nur kollektiv zu bewältigende

Aufgabe. Ein solcher Bauplan benennt Umsetzungsprojekte, die tragende Säulen des wirtschaftsdemokratischen Hauses abgeben können. Sie markieren konkrete Reformforderungen und -ziele und wären für die ersten Phasen des Umbaus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung. *Erstens:* Die Finanzmärkte müssen umfassend reguliert und das Euro-Finanzregime reformiert werden, um den politischen (Regierungen) und arbeitsmarktpolitischen Akteuren (Unternehmen, betriebliche Interessenvertretungen, Gewerkschaften) wirtschaftsdemokratische Handlungsoptionen zu eröffnen. *Zweitens:* Die normative und realpolitische Reichweite staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik muss erheblich erweitert werden, um die marktvermittelte wirtschaftliche Wertschöpfung (*Primärverteilung*) zu korrigieren und sie gemäß den volkswirtschaftlichen und sozialstaatlichen Erfordernissen zu verteilen und die notwendigen Anreize bzw. Auflagen für die öko-soziale Transformation industrieller Sektoren zu setzen. *Drittens:* Dem privatkapitalistischen Eigentum muss öffentliches und genossenschaftliches Eigentum zur Seite gestellt werden, um die Überführung einer rein kapitalistischen zu einer gemischten Eigentumsordnung zu beginnen und einen umfassenden Sektor öffentlicher Güter zu fördern. *Viertens:* Entgrenzung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit müssen gestoppt und ein neues »Normalarbeitsverhältnis« muss institutionell etabliert werden, um individuelle Autonomie mit kollektivem sozialen Schutz zu verbinden. *Fünftens:* Durch umfassende Mitbestimmungs- und Interventionsrechte der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Belegschaften müssen die privatkapitalistischen Eigentums- und Verfügungsrechte eingeschränkt und die Bedarfe der Gesellschaft und der Lohnabhängigen nach sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in die unternehmerische Politik einfließen können. *Sechstens:* Mittels makro- und mikroregionaler Strukturräte gilt es, den wirtschaftlichen Lenkungs-, Planungs- und Umbauprozessen einen institutionellen Ort und entsprechende Kompetenzen zu geben.

Zweifelsohne müssen diese Umsetzungsprojekte konkretisiert und mit Strategien zur politischen Realisierung verbunden werden. Das ist keine einfache Aufgabe. Schon der kurze Blick auf den hier skizzierten Bauplan lässt deutlich werden: Alle Einzelvorhaben stellen Megaprojekte dar, die nicht nur aufgrund ihrer sachlichen Komplexität, sondern vor allem mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse im realen Finanzmarktkapitalismus mehr als anspruchsvoll sind. Dabei dürfte es nicht einmal schwer fallen, verbleibende Unzulänglichkeiten und Defizite dieser Pläne zu benennen. Dies festzustellen heißt nicht, einer Strategie der Selbstentmuti-

gung das Wort zu reden. Wohl aber mahnt der Hinweis zu einer gewissen Geduld und rät zu einem Mindestmaß an machtpolitischem Realismus.

4.

Die neue Wirtschaftsdemokratie läuft also auf die Entprivatisierung und Vergesellschaftung gesellschaftlich essenzieller Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsentscheidungen hinaus und trägt die Logik demokratischer Politik in die Ökonomie. Dabei kann sie Bauplan und »regulative Idee« (Dörre) zugleich sein. Als Bauplan enthält sie die Skizze eines Wirtschaftsmodells, in dem der Primat des Politischen über das Ökonomische durch die planvolle Einwirkung demokratisch legitimierter Politik gesichert wird. Als regulative Idee leitet sie eine Transformationsstrategie an, die über die sukzessive Ausweitung individueller Partizipation, kollektiver Mitbestimmung und gesellschaftlicher Planung auf die allmähliche Überführung der profitgesteuerten (Finanz-)Ökonomie in eine solidarische Ökonomie zielt, die auf einem Eigentums-Mix basiert und in der wirtschaftliche Effizienz mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit immer wieder neu ausbalanciert wird. Dass solche Ziele nur durch die Kooperation unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Kompetenzen und Machtressourcen erreichbar sind, sollte evident sein. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammenschließen und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen.

Die Gewerkschaften sollten dabei sein. Sie ringen seit geraumer Zeit, durchaus mit Erfolgen, um eine Revitalisierung (Schmalz/Dörre 2013), haben aber das strategische Potenzial der Wirtschaftsdemokratie noch nicht entdeckt.

»Die Demokratisierung der Wirtschaft – von der Gestaltung des Arbeitsprozesses selbst, über die Unternehmensentscheidungen bis hin zur Intervention in die Sozialpolitik sowie in zahlreiche andere Politikfelder wie z. B. die Struktur- und Regionalpolitik – bildet [...] ein Feld, auf dem die Gewerkschaften selbst einen Beitrag zu einer Transformation über den Neoliberalismus und Kapitalismus hinaus leisten können.« (Deppe 2012: 107)

Eine Nutzung dieser Chancen erfordert zunächst eine Verständigung über die Perspektiven korporatistischer Arrangements. Wie immer man die ver-

teilungs- und beschäftigungspolitischen Spielräume in Bündnissen mit Kapital und Kabinett einschätzen mag, gemeinsame Schritte in Richtung wirtschaftsdemokratischer Transformationen dürften kaum realistisch sein. Wirtschaftsdemokratie, die wirklich an die Grundlagen der kapitalistischen Verhältnisse rührt, ist kein korporatismuskompatibles Projekt. In Arrangements mit Arbeitgeberverbänden werden hier kaum Fortschritte zu realisieren sein. Somit stehen und fallen Erfolgsaussichten der Wirtschaftsdemokratie mit der Fähigkeit zu autonomer gewerkschaftlicher Interessenpolitik jenseits korporatistischer Bündnisse.

Eine Erkenntnis, die die wirtschaftsdemokratische Sache nicht einfacher macht. »Bevor so etwas auf die Tagesordnung kommen könnte, bedürfte es zum Mindesten jahrelanger politischer Mobilisierung und dauerhafter Störungen der gegenwärtig sich herausbildenden sozialen Ordnung.« (Streeck 2013: 237) Könnten die Gewerkschaften die Rolle eines solchen Störenfrieds übernehmen – vorausgesetzt, der Wille dazu wäre herangereift? Eine autonome Interessenpolitik der Gewerkschaften ist angesichts der Machtverluste der letzten Jahre schneller gefordert als realisiert. Und die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse ist kein Projekt, das mobilisierungspolitische Funken schlägt. Das gilt für die Präferenzen der Lohnabhängigen und der Wahlbürger/innen. Für Gewerkschaften und Parteien dürfte es nicht einfach sein, mit wirtschaftsdemokratischen Themen in der Mitgliedschaft oder bei Wahlen zu reüssieren. Mit dem verteilungspolitischen Rollback vor, während und nach der Krise hat sich ein enormer verteilungspolitischer Nachhol- und Korrekturbedarf aufgestaut, der Fragen der Verteilung der zukünftigen Wertschöpfung in den Vordergrund und Fragen der Demokratie in den Hintergrund drängt. Und auch Zorn und Aktivierungsbereitschaft der (bildungs-)bürgerlichen Mitte gegenüber der postdemokratischen Arroganz der politischen Klasse entzündeten sich eher an Konfliktgegenständen der unmittelbaren Lebenswelt, als dass die aufblitzenden Beteiligungs- und Mitsprachewünsche in Richtung Wirtschaft gerichtet würden – wie etwa die bereits wieder verblassenden Erfahrungen mit dem Projekt *Stuttgart 21* zeigen. Das Projekt Neue Wirtschaftsdemokratie könnte also von neo- und postmaterialistischen Themen überlagert und weiter im Schatten der öffentlichen Auseinandersetzung gehalten werden.

Werden die Gewerkschaften das verhindern wollen und können? Notwendig wäre die Stärkung demokratischer Politik und sozialer Gerechtigkeit gegenüber der immer noch übermächtigen Marktlogik und -gerechtigkeit. Sich als Treiber einer solchen Stärkung zu definieren, setzt eine reflektier-

te Strategieentscheidung voraus. Hinzukommen muss eine offene, die gewerkschaftliche Mitgliederbasis einbeziehende und aktivierende Weiterentwicklung entsprechender Umsetzungskonzepte. Entscheidend wird sein, ob sich Belegschaften und gewerkschaftliche Aktivist/inn/en das Thema aneignen und welche Relevanz sie dem Projekt einer neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie im Rahmen der gewerkschaftlichen Revitalisierungsbemühungen beimessen: ob es angesichts der Kräfteverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft als Luxus- oder Utopiethema zurückgewiesen oder ob es als Voraussetzung der Möglichkeit begriffen wird, der demokratieunverträglichen Anmaßung der Finanzeliten Einhalt zu gebieten und die Perspektive auf eine solidarischere Ökonomie und Gesellschaft offenzuhalten. Wenn die hier vorgelegte Analyse zutrifft, ist nur die zweite Sichtweise zukunftsfähig. Dann führt kein Weg hinter die Erkenntnis zurück: Im Gegenwartskapitalismus mit seiner imperialen Finanzökonomie wird politische Demokratie nicht ohne demokratischer Interventionen in die Spielregeln und Machtverhältnisse der Wirtschaft zu haben sein. Wer die Demokratie erhalten will, wird sich mit dem Kapitalismus anlegen müssen.

Literatur

- Altvater, Elmar (2009), *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster.
- Altvater, Elmar (2010), *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*. Münster.
- Crouch, Colin (2008), *Postdemokratie*, Frankfurt/M.
- Deppe, Frank (2012), *Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute*, Köln.
- Enderlein, Henrik (2013), Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie: Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008–2013, *Politische Vierteljahresschrift*, H. 4, S. 714–739.
- Esping-Andersen, Gøsta (1985a), *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton.
- Korpi, Walter (1983), *The Democratic Class Struggle*, London.
- Lutz, Burkart (1989), *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation industriell-kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/New York.
- Müller, Torsten/Schulten, Thorsten (2013), A new European interventionism? The impact of the new European economic governance on wages and collective bargaining, in: David